

Die Landesverteidiger formieren sich

Die Gruppe Giardino wehrt sich gegen den Abbau der Armee und erhält regen Zulauf

Von Beni Gafner, Bern

Widerstand sei angesagt. Widerstand gegen die Mehrheiten von Parlament und Bundesrat, weil beide die Sicherheitsproblematik in der Schweiz ebenso verkannt wie lodrende Gefahren. «Ich habe den Eindruck, dass das Schweizer Volk und Teile des Parlaments noch nicht erfasst haben, was da abläuft, wie unsere Sicherheit grobfährlich behandelt wird.» Hermann Suter, der Luzerner Historiker, Oberstleutnant und Präsident der Milizorganisation Giardino, stellt sich ans Stehpult im grossen Saal der Kaserne Bern: Unterhalter, Warner und Einpeitscher zugleich. 200 Personen sind an die Generalversammlung gereist, meist ältere, ehemalige Offiziere, aber auch manche mittleren Alters und jüngere. Zum Beispiel Michael Häslser, Oberleutnant, Mitte zwanzig und Begleiter seines Grossvaters Heinz Häslser, Generalstabschef von 1990 bis 1992.

Man ist sich einig: Eine Armee mit bald nur noch 100 000 Angehörigen könne den Verfassungsauftrag nicht mehr erfüllen. Und so halten die Kämpfer für eine glaubwürdige Milizararmee fest: «In einer Zeit, in der die bisher grössten Militärpotenziale weltweit aufgebaut werden, die Weltwirtschaft sich in einer ihrer grössten Krisen befindet, das internationale Völkerrecht in noch nie da gewesener Weise verletzt wird und auch in Europa eine Rückkehr zum Faustrecht nicht mehr weit weg ist, hat die Schweiz ihre einst geachtete Milizarmee bis zur Funktionsunfähigkeit reorganisiert und redimensioniert und ohne Rechtsgrundlage materielle Güter der Armee in zweistelliger Milliardenhöhe vernichtet.» Das kommt an.

Ausrüstung nur für jeden Dritten

Über 800 Mitglieder, darunter mehrere ehemalige Korpskommandanten, haben sich Giardino in den letzten zwei Jahren angeschlossen. Besonders sauer aufgestossen ist den treibenden Kräften im militärisch organisierten Verein zuletzt die Vernichtung des Schützenpanzers M113 (vgl. Bild) durch Armeefüh-



Schützenpanzer M113. Gegen die Verschrottung dieses Militärfahrzeugs hat sich die Gruppe Giardino gewehrt. Foto Keystone

rung und Verteidigungsminister Ueli Maurer. Das 1989 modernisierte Fahrzeug wurde zuletzt in einem Walliser Stollen eingelagert. Dann folgte, Stück um Stück, die Vernichtung. Giardino hat den Kampf um deren Erhaltung verloren. Der ehemalige Panzerkommandant Willi P. Stelzer bilanzierte vor dem Publikum deshalb ernüchtert: «Die oberste Armeeführung hat sich nicht befehlen lassen, sie blieb stur. In der Kalenderwoche 51 des vergangenen Jahres sind die letzten 17 der 365 Schützenpanzer von Turmann nach Emmen überführt und anschliessend verschrottet worden. Damit steht fest, dass von 20 Infanterie-Bataillonen nur deren sieben mit gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeugen ausgerüstet werden können.» Stelzer warf dem Parlament

Untätigkeit vor und dies, obwohl Verteidigungsminister Maurer offiziell bekannt gegeben habe, dass «die Truppe im Ernstfall nur rund zu einem Drittel ausgerüstet werden kann».

Der Verein sei rückwärtsgewandt, wolle eine Armee von gestern. Diesen Vorwurf will sich Giardino nicht gefallen lassen und hat deshalb den ehemaligen Uni-Dozenten und Journalisten Udo Ulfkotte zum Vortrag geladen.

«Vorsicht Bürgerkrieg»

Der Buchautor und ehemalige-Kriegsberichterstatter ist umstrittener Warner vor chaotischen Zuständen in Europa und ist aufgrund früherer Schilderungen über Terrorgefahren durch Islamisten mit Personenschutz von Deutschland nach Bern gereist. Er goss

Wasser auf die Mühlen der Versammlungsteilnehmer, wenn er feststellte, dass das Mass an «gefühlter Sicherheit» in der Schweiz durch die Öffnung der Grenzen abgenommen habe. Es gelte ein vermehrtes Augenmerk zu richten «auf die sich abzeichnende Realität da draussen». Ulfkottes Vortrag stand unter dem Titel «Vorsicht Bürgerkrieg – was uns erwartet». Er warnte eindringlich vor erheblichen Gefahren durch Migration. Nicht nur friedfertige Menschen dürften in den kommenden Jahren ihr Glück in reichen Ländern wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz suchen. Kritisch zu sein gelte es vorab auch gegenüber der Medienberichterstattung, denn: «Wir werden durch die Politik bezüglich drohender Gefahren nicht wahrhaftig orientiert.»

Kein Filmen mehr im Stöckli

Gesuch von Politnetz für laufende Session als hinfällig betrachtet

Bern. Die Informationsplattform Politnetz darf im Moment nicht mehr im Ständerat filmen. Dies hat das Büro der kleinen Kammer gestern entschieden. Aufgrund von Filmaufnahmen hatte Politnetz in der letzten Wintersession mehrere Auszählfehler bei Abstimmungen nachgewiesen.

Zum Filmen hatte die Plattform bisher nur eine provisorische Bewilligung. Auf die laufende Session hin stellte sie einen Antrag, definitiv im Ständeratsaal filmen zu dürfen. Nach einem eher verwirrenden Austausch von E-Mails betrachtete das Ratsbüro dieses Gesuch aber offenbar als zurückgezogen. Grund ist, dass Politnetz das Ratsbüro kurz vor der Sitzung darüber informiert hatte, im Fall eines Filmverbots im Ständerat fotografieren zu wollen. «Das war

natürlich kein Rückzug», erklärte Politnetz-Geschäftsführer Thomas Bigliel. Das E-Mail sei aus Höflichkeit an das Ratsbüro gesendet worden, um Missverständnisse zu vermeiden. Aufgrund des Schreibens betrachtete Ständeratspräsident Filippo Lombardi das Gesuch als «hinfällig». Bigliel seinerseits will noch einmal ein identisches Gesuch für Filmaufnahmen einreichen.

Politnetz hatte in der letzten Wintersession mehrere Auszählfehler bei Abstimmungen aufgedeckt. Ein Vorstoss für ein Importverbot für Reptilienhäute aus tierquälerischer Produktion war in Tat und Wahrheit nicht abgelehnt, sondern angenommen worden. Auch bei der Wiederholung der Abstimmung wurde das Ergebnis von den Stimmenzählern falsch ermittelt. SDA

Weniger Grenzgänger im 2012

Rund ein Viertel arbeitete in der Nordwestschweiz

Bern. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der in der Schweiz tätigen Grenzgänger weniger stark gewachsen als noch im Vorjahr. Sie stieg um 4,8 Prozent; rund 264 000 Personen gingen Ende 2012 mit einer Grenzgängerbewilligung einer Arbeit in der Schweiz nach.

Dies ist der jüngsten Grenzgängerstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) zu entnehmen. 2011 hatte das Wachstum noch 8,5 Prozent betragen.

Die Verteilung auf die Regionen präsentierte sich ähnlich wie im Vorjahr: Rund ein Drittel (34,3 Prozent) der Grenzgänger arbeitete Ende 2012 in der Nordwestschweiz. Auf die Grossregion Nordwestschweiz entfiel ein Viertel, auf das Tessin ein Fünftel der ausländischen Arbeitskräfte mit Grenzgängerbewilligung (Ausweis G). Wird aber der Anteil der Grenzgänger an der Gesamt-

zahl der Erwerbstätigen berechnet, dann schwingt das Tessin obenaus. Bei rund einem Viertel der Erwerbstätigen (25,3 Prozent) handelt es sich dort um Grenzgänger aus Italien.

Aus dem südlichen Nachbarland gingen Ende 2012 gemäss der Hochrechnung des BFS rund 61 000 Personen als Grenzgänger einer Arbeit in der Schweiz nach. Über die Hälfte (52,8 Prozent) wohnt in Frankreich. Ein Fünftel hat den Wohnsitz in Deutschland. 60 Prozent der Grenzgänger sind gemäss der Statistik im Dienstleistungssektor beschäftigt. Sie sind darüber hinaus deutlich häufiger als die übrigen Erwerbstätigen als Hilfskräfte angestellt (17,6 Prozent gegenüber 4,3 Prozent). Gleichzeitig sind nur 11,6 Prozent der Grenzgänger in akademischen Berufen tätig. SDA

In der Lohngleichheit gibt es kaum Fortschritte

Nein zum Familienartikel enttäuscht Frauenallianz

Bern. Das Nein zum Familienartikel ist aus Sicht vieler Frauen ein Rückschlag im Kampf für die Gleichstellung von Frau und Mann. Die Politisch breit abgestützte «Frauenallianz für die Lohngleichheit» zeigt sich enttäuscht vom Ausgang der Abstimmung vom Wochenende. «Ich bin entsetzt», sagte BDP-Nationalrätin Ursula Haller (BE) gestern in Bern. Die Frauenallianz trat eigentlich aus anderem Anlass vor die Medien. Sie wollte die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit bekräftigen – mit Blick auf den Equal Pay Day vom 7. März und den Internationalen Frauentag vom 8. März.

Nach dem Nein zum Familienartikel ging es aber auch um die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denn die Lohnungleichheit hat aus Sicht der Allianz damit zu tun: Wegen der mangelnden Vereinbarkeit arbeiten viele Frauen Teilzeit, sind nicht in Führungspositionen und verdienen damit schlechter.

«Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist sozusagen die Grundlage für die Lohngleichheit», sagte CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH). Über das Abstimmungsergebnis sei sie sehr enttäuscht. Allerdings zeige es, dass ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung Handlungsbedarf sehe. «Das ist ein klarer Auftrag.» In der Frauenallianz nicht vertreten ist die SVP, die den Familienartikel bekämpft hatte.

Was die Lohngleichheit betrifft, gibt es laut der Frauenallianz kaum Fortschritte: Die Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen hat sich im vergangenen Jahr nicht verkleinert, Frauen verdienen immer noch 18,4 Prozent weniger als Männer. Einig sind sich die

Frauen von links bis rechts, dass Transparenz bei den Löhnen hilfreich ist. Dies bedeute auch, dass Frauen über den Lohn reden und ihren Wert einfordern sollten.

Was andere Massnahmen betrifft, ist die Allianz gespalten: Die Forderungen gehen – je nach politischer Couleur – in verschiedene Richtungen. Christine Michel vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund etwa warb für die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften: 400 000 Menschen würden sofort mehr verdienen, darunter 300 000 Frauen. SP-Nationalrätin Marina Carobbio (TI) möchte den Bund und die Kantone in die Pflicht nehmen. Diese sollen Aufträge nur an Unternehmen vergeben, welche die Lohngleichheit nachweislich einhalten.

FDP setzt auf Freiwilligkeit

Die FDP-Frauen dagegen setzen auf Freiwilligkeit. Sie fordern die Unternehmen auf, dem Lohngleichheitsdialog der Sozialpartner beizutreten. Bisher seien erst 32 Unternehmen bereit, mittels des Dialogs ihre Löhne transparent überprüfen zu lassen, kritisierte deren Präsidentin Carmen Walker Späh. Regulierungen betrachten die FDP-Frauen mit Skepsis. Die Unternehmenskultur lasse sich nicht per Gesetz ändern, halten sie fest.

Einig sind sich die Frauen darin, dass die Lohnungleichheit nicht zuletzt der Volkswirtschaft schadet. Der Staat investiere Millionen in die Ausbildung von Frauen, gab GLP-Nationalrätin Tina Moser (ZH) zu bedenken. Trotzdem würden die Frauen dann weniger gut bezahlt. Dies sei ineffizient und nicht im öffentlichen Interesse. SDA

Nachrichten

Eltern sollen gemeinsam Sorgerecht erhalten

Bern. Eltern sollen bei der Scheidung in der Regel gemeinsam das Sorgerecht für ihre Kinder erhalten. Auch bereits geschiedene Väter und Mütter, die auf das Sorgerecht verzichten mussten, sollen dies beantragen können. Die Scheidung darf bei Inkrafttreten der Gesetzesrevision aber nicht länger als fünf Jahre zurückliegen, beschloss gestern der Ständerat. Er entschied darüber hinaus, dass der rückwirkende Antrag nur ein Jahr nach Inkrafttreten der Revision gestellt werden darf und befürwortete zudem ein weniger strenges Regime für den Wechsel des Aufenthaltsortes eines Elternteils oder des Kindes. SDA

Strassenabgaben sollen Strassen zugute kommen

Genf. Ein überparteiliches bürgerliches Komitee kämpft gegen die «behördlichen Raubzüge» auf die Portemonnaies der Strassenbenützer. Die Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung» soll dafür sorgen, dass die Abgaben der Strassenbenützer auch wirklich der Strasse zugute kommen. Die «Milchkuh-Initiative» werde auf ihren Anstoss lanciert, teilte die Vereinigung der Schweizer Automobil- und Nutzfahrzeug-Importeure, auto-schweiz, gestern mit. SDA

Tessin bittet bei Tunnel um Unterstützung

Bellinzona. Der Tessiner Regierungsrat bittet bei der Forderung nach einer zweiten Gotthardröhre alle Kantone um Unterstützung. Nur der Ausbau des Tunnels könne langfristig Verkehrsprobleme verhindern und die Sicherheit erhöhen, schrieb der Staatsrat gestern in einem Brief. Die Kantone werden daher aufgerufen, im Rahmen des laufenden Vernehmlassungsverfahrens dem Sanierungsvorschlag des Bundesrats zuzustimmen. SDA

Vier Frauen als neue Nationalrätinnen



Bern. Im Nationalrat sind gestern vier Frauen als neue Nationalrätinnen vereidigt worden (von links): Aline Trede (GP, BE), Nadine Masshardt (SP, BE), Claudia Friedl (SP, SG) und Verena Herzog (SVP, TG) ersetzen zurückgetretene Parlamentarier. Weil drei der vier neuen Frauen für Frauen nachrücken, steigt der Frauenanteil im Nationalrat nur geringfügig von 29 auf 29,5 Prozent. SDA

Zugang geregelt zu Umweltinformationen

Bern. Der Nationalrat ist einverstanden damit, dass die Schweiz die Aarhus-Konvention ratifiziert. Diese regelt den Zugang zu Umweltinformationen und die Beteiligung an Verfahren. Sie ist umstritten: Die Umweltkommission des Nationalrates wollte ursprünglich gar nicht erst auf die Beratungen eintreten. Der Rat entschied sich im Herbst aber für das Eintreten. Gestern hat er die nötigen Anpassungen des Umweltschutzgesetzes mit 93 zu 88 Stimmen bei drei Enthaltungen gutgeheissen. SDA

Krankenkassenprämien ausgleichen

Bern. Über Jahre hinweg haben die Versicherten in einigen Kantonen zu viel Krankenkassenprämien bezahlt, in anderen zu wenig. Dieses Ungleichgewicht soll teilweise ausgeglichen werden. Dies fordern die SP und der Verband Avivo mit einer Petition. Sie haben nach eigenen Angaben 55 000 Unterschriften gesammelt und gestern eingereicht. SDA